



Niedersächsischer Landtag
Heiner Schönecke
Mitglied der CDU-Landtagsfraktion
Vorsitzender Haushaltsrechnungsausschuss



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Ich möchte in unserem Landkreis weiter etwas bewegen. Es macht mir große Freude, Politik in Hannover für den Landkreis zu gestalten. Das Motto meines letzten Landtagswahlkampfes „Heiner bewegt“, habe ich politisch gelebt.

In einem Schreiben an die CDU-Ortsverbände Buchholz, Handeloh, Hollenstedt, Jesteburg und Tostedt habe ich meinen Wunsch bekräftigt und um Unterstützung gebeten. Auf einer Nominierungsveranstaltung am 23. März 2012 haben alle CDU-Mitglieder im Wahlkreis Buchholz die Möglichkeit, mir das Vertrauen auszusprechen.

Im Februar 2003 wurde ich das erste Mal in den Landtag gewählt, damals mit einem Vorsprung von 25% vor der SPD-Kandidatin. Ein ähnlich gutes Ergebnis folgte dann 2008. Seitdem habe ich mich in Hannover engagiert für den Landkreis eingesetzt. Auf meiner Homepage steht: Ich will im Landtag arbeiten, nicht sitzen.“ Danach habe ich mich in den letzten Jahren gerichtet.

Seit 2003 bin ich Mitglied des Haushaltsausschusses und Vorsitzender des Haushaltsrechnungsausschusses, damit bin ich immer dicht an Niedersachsens Finanzen. Es ist ein Spagat zwischen notwendigen und sinnvollen Ausgaben und Haushaltskonsolidierung. Doch trotz Sparzwang konnten wir viele Projekte im Landkreis realisieren. Besonders liegen mir aber die Menschen am Herzen. Ich möchte mich auch in Zukunft um die kleinen Sorgen und Nöte der Bürger vor Ort kümmern.

Es heißt zwar, wir wollen keine Umfragen gewinnen, sondern Wahlen, aber die aktuelle NDR-Umfrage „NiedersachsenTrend“ vom Januar 2012 bescheinigt der CDU in Niedersachsen zahlreiche sehr gute Ergebnisse und äußerst positive Trends. Sie zeigen: Die Niedersachsen wollen, dass David McAllister Ministerpräsident bleibt und die CDU ihre erfolgreiche Regierungsarbeit fortsetzt.

- David McAllister ist der mit Abstand beliebteste Landespolitiker. Bei einer Direktwahl würden 54% der Niedersachsen für unseren MP stimmen und nur 27 % für seinen Herausforderer.
- Deutlich mehr als die Hälfte der Befragten sind mit der Arbeit der CDU-geführten Landesregierung zufrieden. Demgegenüber gibt es nur geringe Erwartungen an eine SPD-geführte Landesregierung. Gerade einmal 30% der Befragten trauen einer SPD-geführten Landesregierung zu, die Probleme des Landes zu lösen.
- Die Botschaft der Wählerinnen und Wähler ist klar: Sie wünschen sich, dass die CDU die erfolgreiche, sachorientierte Regierungsarbeit fortsetzt. Im Vergleich zum Mai 2011 ist die Zustimmung der Wahlberechtigten zur CDU-Regierungsarbeit um 11% gewachsen (von 47% im Mai 2011 auf 58% im Januar 2012).

Heiner Schönecke für Sie im Niedersächsischen Landtag

- Die CDU erreicht 2 % mehr Zustimmung als bei der Umfrage vor einem Jahr. Demgegenüber verliert Rot-Grün 4 %. Die Tendenz ist klar: Die Zustimmung steigt für die CDU und sinkt für Rot-Grün.
- Die hohe Zustimmung für die CDU spiegelt sich auch in ihren Kompetenzwerten wider. Nach wie vor verbinden die Niedersachsen mit der CDU die höchste Wirtschaftskompetenz: 50% (Vgl.: SPD: 24%; Grüne 3%). Beim Thema Innere Sicherheit trauen die Menschen am meisten (43%) der CDU zu (Vgl.: SPD: 26%; Grüne: 2%). Das Gleiche gilt für die Schaffung neuer Arbeitsplätze: Hier hat die CDU mit 42% sogar noch zugelegt (Vgl.: SPD: 32%; Grüne: 4%). Auch in der Haushalts- und Finanzpolitik hat die CDU mit 40% die höchsten Kompetenzwerte (Vgl.: SPD: 29%; Grüne: 3%).

Fazit:

- Die Tendenz für die CDU in Niedersachsen geht klar nach oben.
- Jetzt ist es an der Zeit, die Sachpolitik wieder in den Vordergrund zu stellen.
- Wir kämpfen für David McAllister und den Wahlsieg 2013.
- Die FDP hat alle Chancen, die 5%-Marke wieder zu übersteigen.
- Es geht um die Menschen in Niedersachsen.

Mit freundlichen Grüßen aus Hannover



Heiner Schönecke, MdL

Der Spruch am Anfang

„Jetzt wissen Sie, warum ich für ein Renteneintrittsalter mit 75 bin. Das sind noch zwei volle Legislaturperioden.“

Peer Steinbrück, möglicher SPD-Kanzlerkandidat

Arbeitsagentur: 2011 war für Niedersachsen ein gutes Jahr

Nur Positives über das abgelaufene Jahr 2011 kann die Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit berichten. Durchschnittlich habe es 2011 so wenige Erwerbslose gegeben wie seit 19 Jahren nicht mehr, und Niedersachsen habe bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bundesweit das gesamte Jahr über stets einen Spitzenplatz eingenommen, hieß es im Jahresrückblick. Die Zahl der Beschäftigten sei um durchschnittlich drei Prozent gewachsen; im Bundesdurchschnitt waren es 2,4 und in den westdeutschen Bundesländern 2,6 Prozent. Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion, Klaus Stietenroth, lobte die Einstellungsbereitschaft der niedersächsischen Unternehmen im vorigen Jahr. Haupttreiber der positiven Entwicklung waren demnach die Zeitarbeitsbranche, das Baugewerbe, die Kfz-Branche, das Verarbeitende Gewerbe sowie die Bereiche Erziehung und Unterricht sowie Gesundheits- und Sozialwesen. Vom Aufschwung am Arbeitsmarkt hätten Jugendliche unter 25 Jahren besonders profitiert; deren Erwerbslosigkeit sei 2011 gegenüber dem Vorjahr um 11,8 Prozent auf durchschnittlich 26 905 zurückgegangen, sagte Stietenroth. Deutlich langsamer sei die Entwicklung allerdings bei den älteren Arbeitslosen über 50 Jahren und den Langzeitarbeitslosen mit 0,1 bzw. 1,9 Prozent gewesen. Auch regional gebe es weiter große Unterschiede, betonte der Agenturchef. Während in den Agenturbezirken Osnabrück, Göttingen und Leer die Zahlen überdurchschnittlich zurückgegangen seien, hätten andere Bezirke wie Celle, Nienburg und Stade weniger von der insgesamt positiven Entwicklung profitieren können. In einem Ausblick auf das noch neue Jahr geht Stietenroth von einem weiteren Rückgang der Arbeitslosenzahlen aus. Der Abbau werde sich zwar verlangsamen, was angesichts der außergewöhnlich guten Entwicklung im Jahr 2011 nichts Ungewöhnliches sei. Für Schwarzmalerei gebe es aber keinen Anlass. Bislang könne die Agentur auch keine Zurückhaltung bei Neueinstellungen beobachten. Möglich sei eine Verlangsamung des Jobwachstums. Der Chef der Regionalagentur geht davon aus, dass sich die Arbeitslosenzahl 2012 in Niedersachsen bei rund 270 000 einpendeln wird, was einem Rückgang von etwa zwei Prozent gegenüber 2011 entsprechen würde. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten werde weiter steigen. Stietenroth geht von 10 000 bis 20 000 Beschäftigten aus.

Die Linke bleibt auch in Niedersachsen unter Beobachtung

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann hat nach massivem Protest aus der Partei Die Linke, der in Niedersachsen auch von den Grünen unterstützt wird, die seit Jahren bestehende Beobachtung der Linken durch den Verfassungsschutz verteidigt. Namhafte Teile der Partei verfolgten linksextremistische und damit verfassungsfeindliche Bestrebungen, heißt es in einer Erklärung des Ministeriums, die u.a. auf Publikationen sowie Äußerungen von Parteifunktionären abhebt. So unterstütze etwa der Landesvorsitzende der Linken, Dr. Manfred Sohn, Aussagen der Bundesvorsitzenden Gesine Löttsch, nach denen der Kommunismus das (Fern-)Ziel eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses sein soll,

das vom Verfassungsschutz als unvereinbar mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung in Deutschland betrachtet wird. Hingewiesen wird auch auf die Förderung extremistischer Strömungen und Vereinigungen auf nationaler und internationaler Ebene, deren Mitglieder zum Teil dem Bundesvorstand der Linken angehörten. Zudem würden Kontakte zu gewaltbereiten Autonomen und terroristischen Organisationen wie der PKK gepflegt. Nicht zuletzt lasse die Partei eine klare Distanzierung von der Diktatur der DDR vermissen; manche Funktionäre rechtfertigten noch immer den Mauerbau. Das Innenministerium sieht sich in seiner Haltung durch das Bundesverwaltungsgericht bestätigt, das in einem Urteil vom Juli 2010 festgestellt hatte, dass das Selbstbestimmungsrecht der Parteien seine Schranke in der Entscheidung des Grundgesetzes für eine streitbare Demokratie finde; nach deren Prinzip sei die Beobachtung von Spitzenfunktionären und Abgeordneten zulässig, weil diese maßgeblich das Bild und die politische Ausrichtung der Partei bestimmten. Demnach dürften sogar Daten über Abgeordnete gespeichert werden, die selbst keine verfassungsfeindlichen Äußerungen oder Aktivitäten an den Tag legten, heißt es. Der Grundsatz des freien Mandats stünde dem nicht entgegen. Gleichwohl werde in Niedersachsen die Partei als solche beobachtet, nicht aber einzelne Mitglieder oder Abgeordnete. Der Verfassungsschutz setzte auch nachrichtendienstliche Mittel generell gegen die Partei, nicht aber gegen Abgeordnete ein. Allerdings würden einzelne Aktivitäten von Abgeordneten, die für die Bewertung der Partei relevant seien, erhoben und gespeichert. Personenakten über Abgeordnete würden jedoch nicht geführt. Schönemann bezeichnete die Beobachtung verfassungsfeindlicher Parteien als gesetzliche Aufgabe des Verfassungsschutzes.

Zentrale Anlaufstelle für Familienkonflikte mit Auslandsbezug

Seit dem 1. Januar 2012 steht Eltern, Jugendamtsmitarbeitern, Richtern und Rechtsanwälten die „Zentrale Anlaufstelle für internationale Kindschaftskonflikte und Mediation (ZAnK)“ zur Verfügung. Im Auftrag der Bundesregierung berät, informiert und vermittelt die beim Internationalen Sozialdienst (ISD) in Berlin angesiedelte Stelle kostenfrei bei Familienkonflikten mit einem Auslandsbezug per Telefon (030-62980403) und im Internet (www.zank.de). Auf der noch im Aufbau befindlichen Internetseite sollen Eltern und Fachleute künftig Informationen für den Notfall finden, wenn ein Kind möglicherweise entführt wurde, sowie detaillierte Hinweise auf gesetzliche Bestimmungen des Umgangs- und Sorgerechts. Für Kinder sei ein eigener Bereich geplant, heißt es. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hatte bereits 2009 die Einrichtung einer Zentralen Anlaufstelle mit Lotsenfunktion gefordert, die Eltern bei Kindesentziehung beratend und unterstützend zur Seite steht. Nach Schätzungen von Experten werden jedes Jahr mehrere hundert Kinder in Folge ungelöster familiärer Konflikte aus, aber auch nach Deutschland entzogen – in der Regel durch ein Elternteil.

Der Spruch in der Mitte

Finanzminister Hartmut Möllring dürfte heißer Anwärter auf die „GGG“-Medaille des Landtags für vorbildliches Verhalten -Geduld, gütige Nachsicht, großes Stehvermögen am Rednerpult-sein

Rundblick, 20-01-2012,
zur Leistung des Ministers bei den Fragen der Opposition zur Causa Wulff

Landwirte bieten Transparenz bei Antibiotikaeinsatz an

Die niedersächsischen Landwirte nehmen die öffentliche Diskussion um den Antibiotikaeinsatz sehr ernst. „Wir sind sehr daran interessiert, die von uns schon über Jahre dokumentierten Daten wissenschaftlich analysieren und auswerten zu lassen“, unterstreicht Landvolkpräsident Werner Hilse das Angebot der Landwirtschaft zu Transparenz. Zugleich verweist er auf die Daten der amtlichen Lebensmittelüberwachung, nach denen Rückstände von Tierarzneimitteln in Lebensmitteln kein Problem darstellen. Hilse warnt aber vor übereilten und wissenschaftlich nicht fundierten Schnellschüssen. Tierhalter müssten die Strategien zur Gesunderhaltung ihrer Tierbestände optimieren, um Tierkrankheiten ebenso vorbeugen zu können wie einer Resistenzentwicklung bei Krankheitserregern. „Für unsere Landwirte steht der Verbraucherschutz ganz oben, aber sie müssen nach tierärztlicher Verschreibung auch kranke Tiere behandeln dürfen“, verdeutlicht der Landvolkpräsident. Er zählt dazu ein breites Instrumentarium von der Auswahl der richtigen Rassen, der Fütterung, dem Herdenmanagement und die tierärztliche Verordnung der richtigen Medikamente. Die bei den Tierhaltern zur Verfügung stehenden Dokumentationen müssen für ein entsprechendes Monitoring umfassend ausgewertet werden, um fundierte Schlüsse ziehen zu können und die richtige Anwendungsstrategie zu erarbeiten. Sorgen bereitet der Landwirtschaft die häufig ohne Sachargumente geführte Debatte um die sogenannten MRSA-Keime. Sie sind nicht unmittelbar krank machend. Tierhalter, die nach neueren Untersuchungen häufiger Träger derartige Bakterienstämme sind, sollten auf besondere Sicherheitsmaßnahmen achten, wenn sie stationär in Krankenhäusern behandelt werden – zum Schutz gegen Verbreitung der Keime und zum Schutz der eigenen Gesundheit. Als übertrieben wertet das Landvolk dagegen vereinzelte Empfehlungen, den Kontakt zu landwirtschaftlichen Betrieben zu meiden.

Gutachterliche Nebelkerze

Mit Unverständnis und Befremden hat der Niedersächsische Justizminister Bernd Busemann auf die Veröffentlichung einer Studie des Max-Planck-Instituts (MPI) zur Vorratsdatenspeicherung und deren Interpretation durch die Bundesjustizministerin reagiert. „Es handelt sich um eine gutachterliche Nebelkerze, die dem Ansehen des Max-Planck-Instituts Schaden zufügt“, sagte Busemann.

Die Bundesministerin habe offenbar erkannt, dass sie angesichts des laufenden EU-Vertragsverletzungsverfahrens auf verlorenem Posten stehe und bediene sich deshalb einer Studie, die nach eigener Aussage der Verfasser zu wenig Daten erfasst, um eine tragfähige Aussage zu machen. „Das Max-Planck-Institut führt schließlich nicht ohne Grund zurzeit eine Nacherhebung durch, die dann mehr Klarheit bringen soll“, stellte Busemann fest. Die Regelungen zur so genannten Vorratsdatenspeicherung hätten zudem nur die ersten drei Monate 2008 gegolten. Verglichen würden aber die Aufklärungsquoten für das ganze Jahr.

Ferner komme der Datenzugriff nur für einen kleinen Teil schwerer Verbrechen in Frage, könne also statistisch auch nur wenige Veränderungen auslösen.

„Seit 2008 haben sich nicht nur die Geräte und Verträge für Mobiltelefone, sondern auch das Kommunikationsverhalten der Menschen deutlich verändert“, so Busemann. Heute gebe es zum Beispiel überwiegend Flatrates statt Einzelverbindungsabrechnungen, Smartphones und Tablet-PCs stellten Verbindungen zum Internet her. Manche Verfahren könnten in der Statistik gar nicht auftauchen, weil sie mangels Daten nicht eröffnet würden. „Wenn zum Beispiel die Staatsanwaltschaft Hannover im Internet auf eine Seite mit Kinderpornographie stößt, von der 1000 Computeradressen (IP-Adressen) Material heruntergeladen haben, wären früher mit den Inhaberdaten dieser Adressen gegebenenfalls 1000 neue Verfahren eröffnet worden. Heute kommen diese Straftäter davon und tauchen in der Statistik nicht einmal auf“, macht der Justizminister deutlich. Wer das Netzwerk der rechtsterroristischen Gruppe aus Zwickau umfassend aufgeklärt wissen wolle, müsse dann auch den Zugriff auf deren Telefon- und Computernetzwerk erlauben.

„Eine Studie, die Äpfel mit Birnen vergleicht, sollte nicht zur Grundlage der politischen Entscheidung gemacht werden“, so Busemann abschließend.

Niedersachsen drängt auf EU-weite Umsetzung des Verbotes konventioneller Käfige

Auf Initiative des niedersächsischen Landwirtschaftsministers Gert Lindemann wurde im Rahmen der Amtschefkonferenz der Länder-Agrarressorts in Berlin eine Protokollerklärung zum Verbringungsverbot für Eier aus konventioneller Käfighaltung verabschiedet.

Im Mittelpunkt der Erklärung - der sich Baden-Württemberg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen angeschlossen haben - steht die Absicht, zeitnah Betriebe zu überprüfen, die Eier und Eiprodukte aus solchen Mitgliedstaaten verarbeiten, in denen nach Auskunft des Bundeslandwirtschaftsministeriums Eier in herkömmlichen Käfigen produziert werden. Der Hintergrund: Diese Haltungsform ist seit 1. Januar 2012 EU-weit verboten.

Wenn nicht durch geeignete Dokumente nachgewiesen werden kann, dass die Eier aus einem in der EU erlaubten Haltungssystem stammen, wird gegenüber den Wirtschaftsbeteiligten darauf gedrängt, diese Eier nicht zu verwenden. Außerdem setzen die Amtschefs auf Transparenz: Die Verbraucher sollen gegebenenfalls über entsprechende Lieferungen mit Angaben der Mengen, des Lieferdatums und des Herkunftslandes über Internet informiert werden.

Landwirtschaftsminister Gert Lindemann begrüßte die Tatsache, dass sich weitere Bundesländer der Niedersächsischen Strategie angeschlossen haben. Unternehmen, die nicht rechtskonform produzierten, müssten so mit entsprechenden Konsequenzen rechnen.

Ergänzend forderten die Amtschefs in Berlin Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner dazu auf, sich weiterhin nachdrücklich auf die bereits im Oktober 2011 auf der Agrarministerkonferenz in Suhl verabschiedeten Forderungen in Zusammenhang mit der Umsetzung des Käfigverbots einzusetzen.

***Um Ihnen nicht nur eine kleine Auswahl der Pressemitteilungen bieten zu können, finden Sie jetzt alle Presseinformationen auf meiner Homepage.
www.heiner-schoenecke.de***

Hier finden Sie den Landtagsabgeordneten im Februar 2012

(Änderungen vorbehalten, Stand 31.01.2012)

- Fr. 03. Feb 14:00 Freilichtmuseum am Kiekeberg- Stiftungsratssitzung
Sa. 04. Feb 15:00 Schützenverein Buchholz 01 - Gästetreff
Mo. 06. Feb 10:00 EWE - Verbandsversammlung / Oldenburg
Di. 07. Feb 13:00 CDU Fraktion Landtag / Landtag - Hannover
19:00 CDU Fraktion Kreistag / Hotel Maack - Maschen
Mi. 08. Feb 09:00 Ausschuss Haushalt und Finanzen / Landtag - Hannover
Do. 09. Feb 09:30 AK Landwirtschaft - Klausurtagung / Schloss Marienburg - Pattensen
Fr. 10. Feb 13:30 Unterhaltungsverband Este - Vorstandssitzung/
Gasthaus "zum Estetal" - Kakenstorf
Sa. 11. Feb 12:00 JU-Kreis Harburg - JHV / Hotel Maack - Maschen
20:00 Jägerball / Hotel Lindtner - Heimfeld
Di. 14. Feb 13:00 CDU Fraktion Landtag / Landtag - Hannover
18:00 Gespräch mit der Chemie / Altes Rathaus - Hannover
Mi. 15. Feb 09:00 Ausschuss Haushalt und Finanzen / Landtag - Hannover
Do. 16. Feb 18:30 CDU Radbruch - Grünkohlessen / Gasthaus Sasse - Radbruch
Fr. 17. Feb 19:00 CDU Buchholz - JHV / Hotel Frommann - Dibbersen
So. 19. Feb 14:30 Veranstaltungstag "Sturmflut" / Museum am Kiekeberg
Mo. 20. Feb. 17:00 CDU Fraktion Kreistag - Vorstandssitzung / Kreishaus - Winsen
Di. 21. Feb. 13:00 CDU Fraktion Landtag / Landtag - Hannover
19:30 parlam. Abend der EWE AG / Gartensaal im neuen Rathaus - Hannover
Mi. 22. Feb. 09:00 Plenum
19:30 HH-Umlandrunde
Do. 23. Feb. 09:00 Plenum
19:30 parlam. Abend der Landwirtschaftskammer Niedersachsen
Leineschloss - Hannover
Fr. 24. Feb. 09:00 Plenum
13:00 Besuch der Realschule Vierkaten, Neu Wulmstorf / Landtag - Hannover
Sa. 25. Feb. 15:00 CDU Landkreis Harburg - Ashausen
Mo. 27. Feb. 15:00 Kreisausschuss / Kreishaus - Winsen
19:00 CDU Jesteburg - JHV /
Mi. 29. Feb. 09:00 Ausschuss Haushalt und Finanzen / Landtag - Hannover

Der Spruch am Ende

„Frau Merkel ist eine beinharte Politikerin, die weiß, wann man warten muss, bis sich der Gegner von selbst erledigt.“

Karel Schwarzenberg,
tschechischer Außenminister

Möchten Sie Heiner Schönecke im Landtag in Hannover besuchen?

Bitte schreiben Sie uns oder rufen Sie an, damit wir einen Termin vereinbaren können:

Möchten Sie oder Ihre Freunde und Bekannte den „Landtag – aktuell“ per E-Mail beziehen, oder möchten Sie aus dem Verteiler gelöscht werden, so genügt eine kurze Mitteilung an mein Wahlkreisbüro:

**Wahlkreisbüro Heiner Schönecke
Fliegenmoor 24
21629 Neu Wulmstorf-Elstorf
Tel. 04168 / 91 31 31
Fax 04168 / 91 31 98
E-Mail: heiner@schoenecke.de**

... und hierüber hat der Landtagsabgeordnete heute gelacht:

Zwei Schneeflocken begegnen sich auf ihrem Weg zur Erde.

Die eine:

„Wohin?“

„Nach Bayern - Wintersport. Und du?“

„Nach Norddeutschland - Verkehrschaos.“

Quellen : „Rundblick“, Das Landvolk, NSGB, IWD)